

## Pforzheimer Jahresbericht 2001/2002 zur Kommunalen Beschäftigungsförderung

Der Pforzheimer Jahresbericht zur Kommunalen Beschäftigungsförderung enthält den Hinweis, dass zentrale Elemente der Reformvorschläge der Hartz-Kommission in der Stadt Pforzheim schon seit längerem Realität sind:

Das lokale Arbeitsamt und die Kommunalverwaltung arbeiten eng zusammen und fördern im Rahmen einer regionalen Allianz gemeinsam Beschäftigung, insbesondere für arbeitsmarktliche Problemgruppen wie Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose.

Basis ist das Konzept der Kommunalen Beschäftigungsförderung mit dem auf der regional-dezentralen Ebene ein Brückenschlag zwischen Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und Sozialgesetzbuch (SGB) III möglich geworden ist. Doppelstrukturen und Zugangsbarrieren werden abgebaut, die Ausgrenzung von Teilnehmerkreisen und Adressatengruppen nach Durchführungsbestimmungen und Gesetzestexten wird aufgeweicht. Die gemeinsame Finanzierung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gehört ebenso zur Tagesordnung wie sinnvolle Aufgabenteilungen zwischen der Arbeits- und kommunalen Sozialverwaltung: Ein modulares Stufenmodell und eine differenzierte Angebotsstruktur mit verschiedenen Formen arbeitsmarktpolitischer, praxisorientierter Maßnahmen ist sowohl für Sozialhilfeempfänger als auch für Langzeitarbeitslose, sei es in vollem Leistungsumfang beim Arbeitsamt oder im ergänzenden Bezug von Sozialhilfe (Kombi-Bezieher, Aufstocker), zugänglich.

In seinem Zentrum steht - umgesetzt von der städtischen Beschäftigungsgesellschaft und verknüpft mit einem kontinuierlichen case-management - die gemeinnützige vermittlungs-orientierte Arbeitnehmerüberlassung, wie sie zukünftig im Rahmen von Personal-Service-Agenturen (PSA) flächendeckend zum Einsatz kommen soll. Vor dem Hintergrund einer konsequenten Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“ wurden in Pforzheim selbst für die genannten Problemgruppen (Re-)Integrationsquoten in das reguläre Erwerbsleben von durchschnittlich 55 % erreicht. Dadurch gelang es, Verschiebebahnhöfe und Drehtüreffekte weitgehend zu vermeiden und stattdessen innerhalb von 5 Jahren die Zahl der Sozialhilfebezieher fast zu halbieren, den städtischen Haushalt in beträchtlichem Maß zu entlasten und den Anteil der Langzeitarbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk deutlich zu senken.

Nach: Kommunale Beschäftigungsförderung der Stadt Pforzheim. Jahresbericht 2001/2002. Broschüre, 78 S.

